

## Ein radikal anderes Schulkonzept als Antwort auf die Pisastudie

Die Pisastudie schafft es regelmäßig in die Hauptnachrichten der Fernsehsender und auf die Titelseiten der Printmedien. Deutschen Fünfzehnjährigen wurde auch im Jahr 2023 allenfalls Mittelmaß im internationalen Vergleich attestiert, bei fallender Tendenz. Die Nation schüttelt eine Woche lang den Kopf und macht weiter wie bisher. In Berlin wird die Probezeit am Gymnasium deutlich intensiver diskutiert als die Frage nach ernsthaften Konsequenzen aus dem Bildungsdesaster. Zwei Haupttendenzen erweisen sich als besonders problematisch: Ein Viertel aller deutschen Fünfzehnjährigen weist gravierende Schwächen in Mathematik, Naturwissenschaften und im sinnverstehenden Lesen von Texten auf. Dieser Befund wird erhärtet durch die im Oktober 2023 veröffentlichten Ergebnisse des „Bildungstrends“ der KMK. Danach sind 34% der deutschen Neuntklässler nicht in der Lage, einfache Texte zu verstehen, und fast die Hälfte der Sekundar- und Gesamtschüler/innen erreicht nicht die Mindeststandards für den Mittleren Schulabschluss. Außerdem stellt die hohe Korrelation zwischen qualifiziertem Schulabschluss und dem Bildungs- und Sozialstand der jeweiligen Eltern ein politisch höchst brisantes Problem dar. Kinder von Akademikereltern haben bei gleicher Intelligenz eine viermal höhere Chance, ein Studium zu absolvieren. Beide Tendenzen haben sich in den letzten Jahren verschärft. Man kann auch in Zukunft tatenlos zur Kenntnis nehmen, dass die Elternhäuser die Bildungskarriere der Kinder maßgeblich beeinflussen, und nicht die Schule. Die Frage nach einer wirksamen Reaktion darauf wird von der Linken mit der Schwächung des Gymnasiums und von der Rechten mit verschärfter Auslese beantwortet, was beides komplett am Problem vorbeigeht. Die Mischung aus beiden untauglichen Ideen besteht in der Senkung des Niveaus bei gleichzeitig deutlich besseren Abschlussnoten. Strukturdebatten über einzelne Schulformen sind nicht zielführend, eine einheitliche Schule für alle würde das Problem der ungleichen Chancen ohne durchgreifende Veränderungen nicht lösen. Auch die Diskussion um die Notenproblematik ist letztlich irrelevant. Bundesjugendspiele mit oder ohne Urkunde, um den Kindern die Erfahrung zu ersparen, dass sie nicht schnell genug rennen können, weil sie zu dick sind, eignen sich für eine Kabarettnummer, Gendersprache in der Schule ebenso. Die einzige Aufwärtsentwicklung rund um die schulische Bildung findet in den privaten Nachhilfeinstituten statt.

2021 wurde in einer wissenschaftlichen Studie die Entwicklung von Kleinkindern aus höheren und niedrigeren Sozialschichten miteinander verglichen. Ihr Ergebnis wurde bekannt unter der Bezeichnung Skopek-Kurve, benannt nach ihrem Autor Jan Skopek. Danach entstehen zwei Drittel der unterschiedlichen Kompetenzen schon vor Schuleintritt. Diese primären Herkunftsunterschiede verändern sich danach kaum und bleiben über die gesamte Bildungszeit bestehen. Damit wurde eine Studie von Helmut Fendt an hessischen Schulen aus dem Jahr 2012 bestätigt, in der Schülerinnen und Schüler, die nach der Grundschule auf drei verschiedene Oberschulformen übergingen, über ihre gesamte Bildungslaufbahn hinweg beobachtet wurden. Schon damals wurde nachgewiesen, dass die Schulform für die Wahrscheinlichkeit, nach der Schule ein Studium zu beginnen, nahezu irrelevant war. Entscheidend war der Einfluss des Elternhauses. Man hat darauf reagiert, zum Beispiel durch den Ausbau von Kita-Plätzen, durch frühkindliche Sprachförderung oder künstlerische Projekte. Aber hier wirken die sekundären Herkunftseffekte, Eltern wollen ihren sozialen Status an die Kinder wei-

tergeben. Dadurch bleiben die Unterschiede erhalten. Sie schicken ihre Kinder auch bei mitelmäßigen Noten auf das Gymnasium, organisieren Hilfen bei Schwierigkeiten, setzen ihre Kontakte zum Wohl des Kindes ein. Sozial privilegierte Eltern nutzen Krippen und Kitas häufiger als Unterschichtfamilien, sie sorgen notfalls für bessere Bedingungen, zum Beispiel, indem sie auf eigene Kosten externen Musikunterricht und Malkurse organisieren, bei Museumsbesuchen die Begleitung stellen, sich in das Konzept der Kita einbringen bis einmischen. Sie geben sich oft nicht mit einem Mittleren Schulabschluss zufrieden, sondern organisieren, wenn nötig, den Anschluss. Das Bildungssystem ist zwar vielfältiger und durchlässiger geworden, aber bildungsorientierte Eltern nutzen die neuen Möglichkeiten intensiv und stellen so den alten Abstand wieder her oder vergrößern ihn nach neueren Tendenzen noch. Statuserhalt ist ein sehr wirksames Motiv. Wer studiert hat, möchte in der Regel, dass seine Kinder auch studieren und sieht eine Ausbildung tendenziell als Abstieg oder als Zwischenstation. Dabei handelt es sich nicht um eine kleine Elite, sondern um das bildungsbewusste Bürgertum, zu dem wir alle gehören, die diesen Text verstehen oder im Bildungsbereich arbeiten.

Dieser Befund wird oft als spezifisch deutsch deklariert. Aber England hat einen großen Sektor von Privatschulen. In Frankreich finden sich die Schüler aus privilegierteren Familien über die Fächerwahl in bestimmten Kursen wieder, renommierte öffentliche Schulen sortieren ihre Schülerschaft über einen rigorosen NC, die sozial bessergestellten Schülerinnen und Schüler besuchen ebenfalls eine Privatschule. In den USA hängt die Schulqualität extrem vom Einzugsgebiet ab. In Skandinavien ist die soziale Ungleichheit allgemein geringer, aber auch in Schweden sind die Schüler aus höheren Sozialschichten mit zunehmendem Alter wieder unter sich, weil sie nach Leistung in unterschiedliche Gruppen eingeteilt werden. In Finnland zeigen sich zwar geringe soziale Unterschiede, aber finnische Schüler mit akademisch gebildeten Eltern haben eine neunmal höhere Chance zu studieren als Schüler aus Familien mit einer niedrigeren Bildung. In asiatischen Ländern investieren Eltern umgerechnet mehrere Hundert Euro pro Monat in nachmittägliche Lern- und Nachhilfeangebote, nicht als Einzelfall, sondern in großem Umfang – und sei es um den Preis, dass dort die Suizidraten von Jugendlichen die höchsten auf der Welt sind. Aber sie belegen bei PISA die vordersten Plätze.

Wenn man den gesellschaftlich fatalen Zusammenhang von Herkunft und Schulerfolg ernsthaft abmildern will, ist „Individualisierung des Lernens“ der Schlüsselbegriff, es lernt nicht mehr jeder alles und alle lernen nicht mehr dasselbe. Notwendig wäre eine Grundgesetzänderung mit einem Wechsel vom föderalen zu einem zentralen System, denn im Bildungsbereich sind zu viele beteiligt und keiner ist letztverantwortlich. Inhaltlich kann die „andere“ Schule hier nur in Ansätzen skizziert werden. Sie beginnt mit der frühkindlichen Förderung, die verbindlich gemacht werden und entsprechend personell ausgestattet werden muss. Also Kindergartenplätze für alle, Kitas werden spielerisch gestaltete Lernorte, keine Aufbewahrungsanstalten. An deren Besuch sollte ab dem vierten Lebensjahr das Kindergeld gekoppelt sein. Wer seine Erziehungspflichten nach Artikel 6 (2) Grundgesetz nicht erfüllt, verliert den Anspruch auf staatliche Hilfen, ersatzweise greift das Jugendamt zum Schutz des Kindes ein, das personell dazu in der Lage sein muss. Die Vorschule wird wieder eingeführt, ihr Besuch ist Teil der Schulpflicht. Wenn, wie oben gezeigt, Eltern die wirksamste Erziehungsinstanz sind, müssen die Eltern in das schulische Lernen eingebunden werden, das erfordert eine proaktive Willkommenskultur für Eltern mit wirksamen Beteiligungsmöglichkeiten, die auch Eltern erreichen, die nicht aus der deutschen Mittelschicht kommen.

In der Oberschule werden die jahrgangsgebundenen Rahmenrichtlinien ersetzt durch kompetenzorientierte Pläne, aus denen für jeden Schüler und jede Schülerin ein individueller Bildungsplan erstellt wird, der regelmäßig unter Einbeziehung der Eltern angepasst wird. Es gibt einen Vorrat an gemeinsamen Basisinhalten, aber der Hauptteil wird den Fähigkeiten des Kindes angepasst, nicht umgekehrt wie bisher. Lernen findet vorrangig in Gruppen und prozessorientiert statt. Schule findet im Ganztagsbetrieb statt, die Schulformen werden aufgelöst, es gibt nach der Grundschule keine Aufteilung nach Gesamtschule, ISS und Gymnasium mehr, alle besuchen eine Schule, die in sich hochdifferenziert sein kann. Das Lehrpersonal wird einheitlich bezahlt, also nicht mehr nach dem Grad der wissenschaftlichen Ausbildung. Prüfungen sind Lernstandserhebungen, die den individuellen Fortschritt feststellen, nicht das vorhandene Defizit. Die Lehrkräfteausbildung ist ausgerichtet auf das veränderte schulische Angebot, auf das individuelle Lernen und die veränderten Prüfungsformate. Der Umgang mit Medien stellt eine Schlüsselkompetenz für Lehrkräfte wie Schüler und Schülerinnen dar. Das Handy ist im Unterricht nicht der Feind aller Lehrkräfte, es wird gezielt eingesetzt, um das Wissen der Welt in den Klassenraum zu holen. KI wird genutzt zur Erstellung maßgeschneiderter Aufgaben in allen Bereichen, auch zur Erweiterung und Vertiefung des Lernangebots, denn es muss weiterhin auch Spitzenleistungen geben, soviel zur Beruhigung aller Gymnasialanhänger. Der körperlichen und emotionalen Gesundheit wird weit mehr Beachtung geschenkt als bisher durch Zusammenarbeit sozialer, psychologischer und medizinischer Institutionen in der Schule. Und quer zu all diesen Überlegungen müssen Anreize geschaffen werden, wieder genügend qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen, ohne sie kann Schule nicht gelingen, denn die persönliche Begegnung ist die Basis aller Pädagogik.

Warum ist ein radikaler Neuanfang nötig? Das bisherige Bildungssystem löst die Grundgesetzgarantie auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nicht ein, es produziert strukturell zu viele Verlierer, deren Lebensperspektive von Anfang an in schlecht bezahlter Arbeit und Transferleistungen besteht. Diese Menschen haben Angst vor Modernität, Globalisierung und Migration, generell vor allem Fremden, sie sind anfällig für einfache Parolen aus dem rechten und rechtsextremen Spektrum. Sie stehen dem Arbeitsmarkt nur sehr eingeschränkt zur Verfügung und verschärfen den Fachkräftemangel, was die gesamte Infrastruktur Deutschlands und den bisherigen Wohlstand massiv gefährdet. Das Ergebnis könnte dann in wenigen Jahren ein verarmtes Deutschland mit einer durch Wahlen an die Macht gekommenen rechtsradikalen Regierung sein, was fatal an die dreißiger Jahre der Weimarer Republik erinnert, mit einem Ende, das wir uns und der Welt ersparen müssen. Die derzeit verantwortlichen politischen Kräfte sagen, das Geld für die hier skizzierte andere Bildung sei nicht vorhanden und man müsse den Staatshaushalt begrenzen, weil man neue Schulden zu Lasten künftiger Generationen vermeiden wolle. Nicht gespart wird jedoch gegenwärtig an der Dieselsubvention (8,2 Milliarden), nicht an der Kerosinsteuerbefreiung (8,3 Milliarden) oder am Dienstwagenprivileg (5,5 Milliarden), sondern an der Ausstattung von Kitas und Schulen, also an Investitionen in eine Zukunft, die in wenigen Jahren die brüchige Gegenwart heutiger Kinder sein wird.

Veröffentlicht im Tagesspiegel vom 23.01.2024